

# Beschluss

Halbzeit: Wir erneuern Brandenburg!

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 5. Leitantrag Halbzeitbilanz

## Antragstext

1 Nach der Landtagswahl 2019 sind wir Bündnisgrüne eine Koalition mit SPD und CDU eingegangen und  
2 seitdem Teil der Landesregierung. Mit dem Koalitionsvertrag „Zusammenhalt - Nachhaltigkeit - Sicherheit“  
3 haben wir einen guten Grundstein gelegt und konnten viele grüne Projekte verankern. Auch wenn Regieren  
4 in dieser Koalition nicht immer ganz ohne Streit abläuft, merken wir täglich: Demokratischer Streit lohnt  
5 sich. Denn wir machen den Unterschied. Mit Entschlossenheit und großem Willen zur Veränderung packen  
6 wir Bündnisgrüne die dringend notwendigen Veränderungen in Brandenburg an. Auch dann wenn es  
7 schwierig wird – sei es beim Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit oder der Veränderung der politischen  
8 Kultur.

9 Zur letzten Landtagswahl sind wir angetreten, um die großen Herausforderungen dieser Zeit anzugehen  
10 und den politischen Kurs zu verändern. Damals hätten wir alle nicht gedacht, dass mit der  
11 Corona-Pandemie eine weitere massive Herausforderung dieser Legislatur ihren Stempel aufdrücken  
12 würde. Kurz nach Eintritt in die Landesregierung mussten wir unsere Krisenfähigkeiten unter Beweis  
13 stellen. Dabei wurde schnell klar: Mit unserer Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher an der Spitze  
14 stellt sich die Landesregierung den Herausforderungen dieser Pandemie. Wir Bündnisgrüne haben stets mit  
15 konsequenten Maßnahmen auf die Pandemie reagiert, ohne dabei die Menschen aus den Augen zu  
16 verlieren, die in den letzten zwei Jahren mit vielen Einschränkungen leben mussten. Zu den zahlreichen  
17 Projekten, die wir uns vorgenommen hatten, um Brandenburg nachhaltiger, gerechter, lebenswerter und fit  
18 für die Zukunft zu machen, kamen die Reaktionen auf und die Lehren aus der Pandemie.

19 I. Und auch bei den anderen dringend notwendigen Themen haben wir in der ersten Hälfte der Legislatur  
20 schon viel erreicht und Brandenburg fairwandelt:

21 **Klimaschutz, Strukturwandel und Energiewende gestalten:** Wir erarbeiten im bündnisgrün geführten  
22 Klimaschutzministerium einen Klimaplan für Brandenburg, um in allen Bereichen des Lebens und  
23 Wirtschaftens in der Mark Treibhausgase mit konkreten Maßnahmen einsparen zu können. Dazu haben wir  
24 einen breiten und gut strukturierten Beteiligungsprozess gestartet, in den wir insbesondere Kommunen  
25 und Jugendliche einbeziehen. Wir bringen die Energiewende im Land voran, führen Brandenburg bis 2030  
26 aus der Kohle und schaffen Zukunftsperspektiven für die Menschen in den Brandenburger Kohleregionen,  
27 durch Dialog, Mitbestimmung und unermüdliches Engagement für einen gelingenden Strukturwandel.

28 **Nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft:** In den letzten beiden Jahren haben sich etliche  
29 Unternehmen aus Zukunftsindustrien in Brandenburg angesiedelt. Eine vielversprechende Entwicklung für  
30 Brandenburg, auf der wir weiter aufbauen. Für uns ist dabei klar: Die Transformation der Wirtschaft muss  
31 nachhaltig, ökologisch und sozial erfolgen. Wir werden weiter die Rahmenbedingungen schaffen, die  
32 nachhaltig denkende Unternehmen und Investor\*innen nach Brandenburg ziehen: Wir bringen den Ausbau  
33 der Erneuerbaren Energien voran, ebenso wie den Ausbau des ÖPNV. Außerdem fördern wir verstärkt  
34 nachhaltige Gründungen in Brandenburg und fördern Co-Working Spaces für eine moderne Kultur des  
35 Arbeitens & Wirtschaftens. Wir haben die Genehmigung für Industrieanlagen über Digitalisierung erheblich  
36 beschleunigt. Wirtschaftlicher Erfolg, Soziale Verantwortung und gute Arbeitsbedingungen sind für uns

37 untrennbar verbunden. Daher haben wir den Vergabemindestlohn von 13€ pro Stunde eingeführt und  
38 erarbeiten erstmals ökologische Kriterien für öffentliche Vergaben.

39 **Spielräume für starke Ländliche Räume schaffen:** Wir haben Förderprogramme für ländliche Entwicklung  
40 so verändert, dass damit mobile Angebote für die umfassende Grundversorgung, aber auch Dorfläden mit  
41 gastronomischen Angeboten künftig Unterstützung erhalten können. Von den Projekten im Bereich der  
42 Gesundheit und Pflege profitieren die ländlichen Räume besonders. Wir arbeiten daran, die ländlichen  
43 Räume gut an den ÖPNV und Schienenverkehr anzubinden und die Bildungsinfrastruktur zu stärken und zu  
44 sichern. Wir sorgen dafür, dass Kommunen auf dem Land noch stärker von der Energiewende direkt  
45 profitieren. Außerdem fördern wir Kultur auf dem Land. Unsere Reform der Kommunalverfassung stattet die  
46 Dörfer mit eigenen Budgets aus (Ortsteilbudgets). Sie erhalten damit mehr Kontrolle über die Gelder, die in  
47 der Kommune zur Verfügung stehen, sodass diese direkt im Dorf den Menschen zugutekommen können.

48 **Die Grundlagen für ein gesundes Leben aufbauen, auch im Alter:** Um eine der großen sozialpolitischen  
49 Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und möglichst vielen Brandenburger\*innen die Pflege in den  
50 eigenen vier Wänden zu ermöglichen, hat das bündnisgrüne Gesundheits- und Sozialministerium den „Pakt  
51 für Pflege“ ins Leben gerufen. Durch den Pakt für Pflege können Kommunen nun stärker als bisher in die  
52 Pflegeinfrastruktur vor Ort investieren. Der Pflegeberuf wird außerdem für mehr Menschen attraktiv – durch  
53 verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Wir investieren in die Brandenburger Krankenhäuser als  
54 Anker der Gesundheitsversorgung und starten bzw. fördern Projekte zur Gesundheitsversorgung im ganzen  
55 Land, wie den Hebammenaktionsplan, das Landärzt\*innenprogramm und den Hitzeaktionsplan.

56 **Kinder und junge Menschen in den Mittelpunkt stellen und die Kleinsten stärken – Kitapaket umsetzen:**  
57 Um Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben, haben wir eine Kinder- und Jugendbeauftragte ins  
58 Leben gerufen. Die Bedingungen in der frühkindlichen Bildung haben wir stark verbessert. Ein  
59 Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Verbesserung der Kita-Qualität. Wir wollen, dass die  
60 Erzieher\*innen mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Deshalb haben wir zum 01.08.2020 den  
61 Betreuungsschlüssel für 3-6 Jährige von 1:11 auf 1:10 verbessert. Den Betreuungsschlüssel für  
62 Unter-Dreijährige werden wir ab 01.08.2022 bis 2025 in drei Schritten auf 1:4 senken. Wir haben das  
63 Programm „Aufholen nach Corona“ gestartet und mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt. Die  
64 Hochschulen statten wir jedes Jahr mit fünf Millionen Euro zusätzlich aus. Für die geplante Uni-Medizin in  
65 Cottbus liegt ein erstes Konzept vor. Denn Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

66 **Vielfalt feiern, Demokratie stärken und dem Rechtsextremismus entgegenzutreten:** Wir sagen „Stopp!“ zu  
67 Rechtsextremismus und Verschwörungserzählungen, „Ja!“ zu vielfältigen Lebensentwürfen und Biografien,  
68 und „Willkommen!“ zu Geflüchteten. Wir fördern Bürger\*innenbeteiligung, Demokratieprojekte und queere  
69 Projekte im Land. Die Etablierung einer Polizeibeauftragtenstelle haben wir auf den Weg gebracht. Um  
70 jedes Jahr 200 Schutzsuchenden in Brandenburg Zuflucht gewähren zu können, haben wir ein humanitäres  
71 Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete ins Leben gerufen. Wir haben die  
72 Migrationssozialarbeit sowie das Integrationsbudget gesichert, um die Kommunen bei ihrer  
73 Integrationsarbeit zu unterstützen. Außerdem fördern wir im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes  
74 Brandenburg“ zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Maßnahmen zur  
75 Demokratieförderung. Zusammen mit allen demokratischen Fraktionen im Landtag haben wir die  
76 Null-Toleranz-  
77 Strategie gegenüber Rechtsextremismus in Brandenburger Sicherheitsbehörden bekräftigt. Gemeinsam  
78 konnten wir erreichen, dass Cottbus eine zusätzliche Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde (BStU, jetzt  
79 Teil des Bundesarchivs) erhält.

80 **Mobilität im Land nachhaltig konzipieren:** Ob Ausbau der Radwege, Lastenradprämie oder Reaktivierung  
81 von Bahnstrecken und neue PlusBus-Linien: Wir sind erste Schritte auf dem langen Weg der  
82 Verkehrswende gegangen - weg von der Fokussierung auf die Straße -hin zur klimafreundlichen Mobilität  
83 mit Bus, Bahn & Co. Trotzdem stehen wir erst am Anfang dieses Paradigmenwechsels. Es gibt noch so viel  
84 zu tun. Unser großes Ziel: Eine Mobilitätsgarantie für Alle! Überall in Brandenburg sollen Menschen das

85 Auto stehen lassen können, wenn sie dies möchten, dank regelmäßigem ÖPNV oder Regionalzugverkehr im  
86 Stundentakt, verlässlicheren Verbindungen und abgestimmten Bahn-Bus-Verknüpfungen.

87 **Naturschutz und Tierwohl voranbringen:** Wir stemmen uns gegen die verheerenden Pläne Polens zum  
88 Ausbau der weitgehend frei fließenden, naturnahen Oder und wollen damit auch Beeinträchtigungen für  
89 unseren Nationalpark „Unteres Odertal“ verhindern. Unser Umweltministerium arbeitet am den Umbau von  
90 Brandenburgs Kiefernforsten hin zu widerstandsfähigen, klimaresilienten Mischwäldern und bringt in  
91 diesem Zusammenhang auch ein modernes Jagdgesetz auf den Weg. Wir haben durch strengere  
92 Vorschriften und durch ein eigens etabliertes Kontrollteam Tiertransporte dafür gesorgt, dass  
93 Tiertransporte besser kontrolliert werden und messbar weniger aus Brandenburg in Richtung Drittstaaten  
94 starten. Perspektivisch wollen wir sie in Zusammenarbeit mit unseren Mitstreiter\*innen im Bund, auf  
95 EU-Ebene und in den anderen Ländern komplett abschaffen. Mit den Volksinitiativen zum Insektenschutz  
96 arbeiten wir an einem effektiven Artenschutz. Bei der Bekämpfung der Geflügelpest haben wir bundesweit  
97 erstmalig darauf  
98 geachtet, dass nicht - wie in anderen Ländern - in ganzen Landkreisen eine Aufstallungspflicht für Geflügel  
99 ausgesprochen wird, sondern nur in genau definierten Risikoregionen.

100 **Eine Landwirtschaft ermöglichen, die gute Einkommen schafft und unsere natürlichen Lebensgrundlagen**  
101 **schützt:** Beides miteinander zu vereinbaren ist das große Ziel unserer bündnisgrünen Agrarpolitik in  
102 Brandenburg. Landwirt\*innen (Biobäuer\*innen wie konventionelle), die nachhaltiger wirtschaften wollen,  
103 finden nun die nötigen Grundlagen und Hilfestellungen vor. Das bündnisgrün geführte  
104 Landwirtschaftsministerium hat einen Ökoaktionsplan aufgelegt: Dieser hilft dabei, dass in Brandenburg  
105 mehr Bio produziert wird und fördert Landwirt\*innen, die umsteigen wollen. Wir fördern den Aufbau  
106 regionaler, ökologischer Wertschöpfungsketten. Durch die Einführung von Qualitätssiegeln haben wir nicht  
107 nur die Produktion und Vermarktung von (Bio-)Produkten aus der Region gestärkt, sondern machen es den  
108 Menschen in Zukunft beim Einkaufen auch einfacher, Produkte aus Brandenburg als solche zu erkennen.  
109 Das stärkt die heimische Landwirtschaft und hilft dabei, dass es sich auch auf der Einkommenseite lohnt,  
110 verstärkt auf Produkte zu setzen, die klima- und artenschutzfreundlich produziert und regional vertrieben  
111 werden.

112 II. Zu einer ehrlichen Analyse zur Halbzeit gehört aber auch, klar zu benennen, wo wir uns noch nicht  
113 durchsetzen konnten. Seit Eintritt in die Landesregierung haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, den  
114 politischen Stil, die politische Kultur in diesem Land zu verändern. Wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif für  
115 eine Politik auf Augenhöhe, für ehrliche, klare Kommunikation und für mehr Mitbestimmung. Wir arbeiten  
116 täglich in unserer Kommunikation an der Verbesserung dieses politischen Stils und wo wir in den nächsten  
117 2 ½ Jahren weiter hart kämpfen müssen, um Brandenburg klimaneutral, sozialer und weltoffener zu  
118 machen.

119 Uns Bündnisgrünen geht es um die Inhalte und wir geben uns nicht damit zufrieden, uns auf unseren  
120 Erfolgen auszuruhen. Wir haben in der ersten Halbzeit unglaublich viel erreicht und viele dicke Bretter  
121 gebohrt. Aber wir wären nicht die Bündnisgrünen, wenn wir bei unserer Halbzeitbilanz nicht den Fokus  
122 darauf legen würden, was wir in den nächsten 2 1/2 Jahren noch für Brandenburg verändern wollen:

123 **Mobilitätswende voranbringen:** Unser Ziel ist klar: allen Brandenburger\*innen muss es möglich sein, ihr  
124 Auto stehen zu lassen und auf bequeme Alternativen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf das Fahrrad  
125 umzusteigen. Davon sind wir allerdings, gerade in den ländlichen Regionen Brandenburgs, noch weit  
126 entfernt. Viele Menschen sind nach wie vor auf ihr Auto angewiesen, weil vielerorts kein Bus fährt oder  
127 nach 19 Uhr keine Züge mehr verkehren. Diesen Missstand wollen wir konsequent angehen. Unsere  
128 Landtagsfraktion hat daher eine Studie zur Mobilitätsgarantie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis zeigt: eine  
129 Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Brandenburg ist möglich und finanzierbar! Das heißt ganz konkret:  
130 Egal in welchem Ort in Brandenburg; zwischen 5 und 22 Uhr würde es mindestens stündlich (am  
131 Wochenende alle zwei Stunden) eine Möglichkeit geben, in Bus oder Bahn einzusteigen. Die Widerstände  
132 in der Koalition sind allerdings groß. Im Denken unserer Koalitionspartner dominiert nach  
133 wie vor das Auto. Das Ziel dass 2030 60% der Wege in Brandenburg mit dem Umweltverbund zurückgelegt

134 werden, muss sich in jedem einzelnen Haushalt widerspiegeln. Das bedeutet perspektivisch stetig  
135 steigende Mittel für den ÖPNV und die Radverkehrsinfrastruktur. Wenn es nach uns ginge, wären wir hier  
136 schon viel weiter. Wir unterstützen den Dialogprozess zwischen dem Bündnis hinter der Volksinitiative  
137 "Verkehrswende Brandenburg Jetzt" und der Landesregierung. Am Ende dieses Prozesses soll ein  
138 Mobilitätsgesetz stehen.

139 **Energiewende vorantreiben, 100% Erneuerbare Energien bis 2030:** Der vorgezogene Kohleausstieg kommt,  
140 das steht spätestens seit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung auf Bundesebene fest. Für uns in  
141 Brandenburg ist das ein großer Erfolg, weil einmal mehr klar ist, dass keine Dörfer mehr abgebaggert  
142 werden und mehr klimaschädliche Braunkohle im Boden bleibt. Die große Aufgabe, auf 100% Erneuerbare  
143 Energien umzustellen stellt sich bundesweit. Auch Brandenburg muss seinen Anteil leisten. Die vom  
144 SPD-Energieministerium vorgestellte Energiestrategie wird diesem Anspruch leider noch nicht gerecht.  
145 Hier gilt es: mit dem Instrument des Klimaplanes und mit dem Rückenwind der veränderten  
146 Rahmenbedingungen auf Bundesebene muss die Landesregierung konkreter werden und den Ausbau der  
147 Erneuerbaren Energien aktiver vorantreiben. Dafür kämpfen wir in der Koalition! Das Ziel ist klar: mehr als  
148 2% der Landesfläche für Windenergie. Wir pochen auf den Koalitionsvertrag und werden darauf drängen,  
149 die  
150 Regionalplanung zu ändern, um dieses Ziel zu erreichen.

151 **Klimaschutzgesetz für Brandenburg:** Der Klimaplan wird ein großer Schritt in Richtung Klimaneutralität  
152 für Brandenburg. In der zweiten Hälfte der Legislatur geht es jetzt darum, den Klimaplan zu konkretisieren  
153 und mit konkreten Maßnahmenpaketen zu untersetzen, wie z.B. dem Moorschutzprogramm zur  
154 Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf Moorflächen. Ein weiterer wichtiger Baustein hierbei ist  
155 Ökologisches Bauen und vielfältige Wohnformen zu fördern. Wir unterstützen daher auch die Etablierung  
156 von Modellquartieren für klima- und umweltgerechtes Bauen in den Städten und Gemeinden im Land  
157 Brandenburg. Darüber hinaus ist der sparsame Umgang mit Grund und Boden für uns nicht verhandelbar.  
158 Wir Bündnisgrüne sind uns allerdings einig: Beim Klimaschutz im Land kann der Klimaplan erst der Anfang  
159 sein. Brandenburg braucht ein echtes, verbindliches Klimaschutzgesetz auf Basis des Klimaplanes, um auf  
160 den 1,5 Grad Pfad zu kommen. Hier zeigt sich einmal mehr ganz deutlich: Für Klimaschutz sind in  
161 Brandenburg leider alleine wir Bündnisgrünen zuständig. Wir kämpfen regelmäßig gegen die Widerstände  
162 der Koalitionspartner an. Auch den Schritt hin zum verbindlichen Klimaschutzgesetz lehnen SPD und CDU  
163 bislang ab. Doch die Klimakrise lässt schlicht gar keinen anderen Schluss zu als Klimaschutz,  
164 Mobilitätswende und Energiewende konsequent zu Ende zu führen. Wir werden nicht nachlassen und  
165 unermüdlich den Finger in die Wunde legen.

166 **Freiheit und Sicherheit zusammendenken:** Verantwortungsvolle Innenpolitik heißt für uns Bündnisgrüne:  
167 Gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, Transparenz und Kontrolle stärken und ein klares Nein zu  
168 unverhältnismäßigen Grundrechtseingriffen und Massenüberwachung. Gerade in der Pandemie stand die  
169 Brandenburger Polizei vor besonderen Belastungen und Herausforderungen. Mit Investitionen in gute  
170 Ausstattung und die Modernisierung von Dienststellen, Stärkung der Attraktivität des Polizeiberufs und der  
171 Zielzahl von 8.500 Stellen im Polizeibereich machen wir gute, bürger\*innennahe Polizeiarbeit möglich.  
172 Gleichzeitig treten wir Bündnisgrünen Vorstößen der Koalitionspartner, die neue Befugnisse inklusive  
173 unverhältnismäßiger Grundrechtseingriffe oder Massenüberwachung vorsehen, entschieden entgegen. Dies  
174 gilt insbesondere auch, wenn es um Grundrechte von Geflüchteten geht. So verhindern wir die Einrichtung  
175 einer Abschiebehaft am BER und drängen immer wieder auf Einhaltung humanitärer Standards.  
176 Mit der Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeauftragtenstelle beim Landtag gehen wir einen großen  
177 Schritt für die Stärkung von Transparenz und moderner Fehlerkultur bei der Polizei. Mit dem eingebrachten  
178 Gesetzentwurf wird eine Stelle geschaffen, die gleichzeitig Ansprechperson für Beschwerden und Sorgen  
179 von Bürger\*innen und Polizist\*innen ist, vor allem aber auch die parlamentarische Begleitung und  
180 Kontrolle der Polizei erheblich stärkt. So arbeiten wir daran, dass wirklich alle Bürger\*innen ohne  
181 Vorbehalte Vertrauen in die Arbeit unserer Polizei haben.

182 **Last des BER für Landeshaushalt, Klima und Anwohner\*innen beschränken:** Die Finanzsituation des  
183 Flughafens BER war über Jahre hinweg instabil und intransparent und kostet die Steuerzahler\*innen in

184 Brandenburg jährlich Unsummen. Die Vorgängerregierung verschloss die Augen davor, dass der BER zum  
185 Fass ohne Boden für den Landeshaushalt wurde. Mit uns an der Landesregierung läuft das anders.  
186 Gemeinsam mit unseren bündnisgrünen Mitstreiter\*innen in Berlin und im Bund fordern wir maximale  
187 Transparenz und parlamentarische Kontrolle ein. Mit ersten Erfolgen: Als Grundlage für weitere Planungen  
188 gibt es nun ein Gutachten zur Finanzsituation. Für uns ist klar: Der BER braucht einen echten Neustart,  
189 sodass er langfristig wirtschaftlich tragfähig ist und den Landeshaushalt nicht auch zukünftig in  
190 Milliardenhöhe belastet. Dafür braucht es einen Sanierungsplan. Zudem muss der Flughafen im 21.  
191 Jahrhundert ankommen und braucht eine an die Klimakrise angepasste Strategieänderung: klarer Fokus auf  
192 Nachhaltigkeit, z.B. mithilfe einer Power-to-X-Anlage für grüne Flugtreibstoff-Erzeugung, und konsequente  
193 Abkehr von Billig- und Kurzstreckenflügen, die auf die Schiene verlagert werden können. Außerdem  
194 müssen die Anwohner\*innen endlich vollumfänglich vor Fluglärm geschützt und das Nachtflugverbot muss  
195 umgesetzt werden.

196 **Biodiversität bewahren, unsere Natur schützen:** Für den Schutz der Natur des Landes Brandenburg wenden  
197 wir viel Kraft auf. Das Brandenburger Umweltministerium unter Axel Vogel hat hier viel Zählbares erreicht.  
198 Um das professionelle Rückgrat der Schutzgebiete zu stärken, haben wir für mehr Personal in  
199 Biosphärenreservaten wie Spreewald, Schorfheide-Chorin und Flusslandschaft Elbe Brandenburg gesorgt.  
200 Auch für die elf Naturparke haben wir Nachwuchsstellen geschaffen. Für das Weltnaturerbe Buchenwald  
201 Grumsin konnten wir ebenso zusätzliche Naturwachtstellen finanzieren. Den Naturpark Stechlin-Ruppiner  
202 Land haben wir erweitert. Dem Naturpark Schlaubetal haben wir ein Besucherinformationszentrum  
203 gefördert. An der Elbe haben wir mit 30 km Grünem Band an der ehemaligen innerdeutschen Grenze einen  
204 Teil des größten deutschen Biotopverbundsystems mitschaffen können. Die Unterstützung der  
205 Naturschutzverbände konnten wir etwas erhöhen, allerdings müssen bei der Verkürzung von  
206 Planungszeiten und der  
207 anstehenden Antragsflut für neue Energieanlagen und -leitungen auch die Möglichkeiten einer  
208 sachgerechten Beteiligung dieser Verbände gesichert und materiell ausgebaut werden. Der Artenvielfalt  
209 zuliebe wollen wir einen Aktionsplan Insektenschutz aufstellen und umsetzen. Wir arbeiten daran, im Sinne  
210 der Biodiversitätsstrategie des Bundes unsere Wildnisflächen als ausreichend große, unzerschnittene und  
211 nutzungsfreie Gebiete von einem auf zwei Prozent der Landesfläche auszuweiten.

212 **Dürren & Überschwemmungen: Klimaanpassung in Brandenburg:** Unser klares Ziel ist die Bekämpfung der  
213 Klimakrise. Sie durch mutige und lohnenswerte Veränderungen in vielen Politikfeldern in einem  
214 kontrollierbaren Rahmen zu halten, ist die entscheidende Herausforderung der kommenden Jahre. Dennoch  
215 ist die Krise bereits vorangeschritten und wir müssen mit den Folgen bereits im Hier und Jetzt umgehen:  
216 Wir erleben schon jetzt einen Anstieg der Erderhitzung und auch in Brandenburg spüren wir die konkreten  
217 Auswirkungen, wie z.B. bei den jüngsten Überschwemmungen in der Uckermark oder bei sommerlichen  
218 Waldbränden aufgrund von Hitze- und Dürreperioden. Um diesen Entwicklungen zu begegnen, werden wir  
219 in Brandenburg eine ressortübergreifende Klimaanpassungsstrategie auf den Weg bringen. Erste Schritte  
220 sind mit der Erstellung des Gesamtkonzeptes zur Klimaanpassung im Politikfeld Wasser und dem hierin  
221 eingebetteten Niedrigwasserkonzept gemacht, Es geht nun auch darum, in einem breiten  
222 gesellschaftlichen Diskurs konkrete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um den Wasserverbrauch  
223 zu senken, den Wasserrückhalt in der Landschaft zu verbessern und die Grundwasserneubildung zu fördern.  
224 Dafür wollen wir uns mit aller Kraft einsetzen, um auch künftigen Generationen eine stabile  
225 Wasserversorgung zu gewährleisten. Wir unterstützen Kommunen bei Konzepten für die Bewältigung von  
226 Starkregen-Ereignissen. Wir haben einen Hitzeaktionsplan aufgelegt, um Menschen vor extremer Hitze  
227 besser schützen zu können. Außerdem hat das Landwirtschaftsministerium Projekte zu klimagerechter  
228 Landnutzung und nachwachsenden Rohstoffen unter wissenschaftlicher Begleitung gestartet.

229 **Gewalt gegen Frauen bekämpfen:** Gewalt gegen Frauen sind genauso wie Femizide leider immer noch  
230 Alltag. Wir müssen Frauen noch besser schützen und geschlechtsspezifischer Gewalt vorbeugen. Dazu  
231 gehört eine auskömmliche Finanzierung und Stärkung der Frauenhäuser, ebenso wie Gewaltprävention  
232 und Täter\*innenarbeit. In den vergangenen 2,5 Jahren haben wir bereits erste Verbesserungen umgesetzt,  
233 doch es sind noch weitere Schritte zu gehen, bis wir unser Ziel erreicht haben: Wir wollen die Istanbul

234 Konvention vollumfänglich umsetzen. Das packen wir jetzt an. Außerdem werden wir die wichtige Arbeit  
235 der Brandenburger Frauenverbände sowie der queeren Initiativen und Träger weiterhin finanziell  
236 absichern.

237 **Armut bekämpfen:** Die Corona Pandemie hat soziale Ungleichheit nochmals verschärft und bringt wie  
238 durch ein Brennglas schonungslos die Schwächen unseren Sozialsystems zum Vorschein. Wir Bündnisgrüne  
239 wollen Armut entschlossen bekämpfen. Dazu gehört auf Bundesebene die Verbesserung unserer  
240 Sozialsysteme, allen voran die Überwindung von Hartz IV. In Brandenburg können wir kurzfristig die  
241 Symptome bekämpfen und gezielt Menschen unterstützen, die in Armut leben oder akut von Armut  
242 bedroht sind. Ein wichtiger Baustein stellt auch die Armutsprävention dar, um sicherzustellen, dass  
243 Menschen gar nicht erst in Armut rutschen und auch gegen die Folgen von Schicksalsschlägen abgesichert  
244 sind. Dabei geht es auch um die Verbesserung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, um den  
245 Niedriglohnsektor zurückzudrängen und Tarifbindung zu erhöhen. Aufträge des Landes wollen wir über  
246 eine Tariftreueklausel im Vergabegesetz nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen.

247 **Familien stärken:** Die Corona Pandemie bürdet gerade Familien mit kleinen Kindern kaum schaffbare  
248 Belastungen auf: Home Schooling neben Home office. Die Quarantäne mit kleinen Kindern in einer kleinen  
249 Wohnung zu verbringen. Den Kindern erklären zu müssen, warum sie den Geburtstag nicht mit  
250 Freund\*innen feiern dürfen. All das hat Familien in den letzten zwei Jahren stark belastet. Hinzu kommt,  
251 dass immer mehr Mütter und Väter mit Symptomen von Long-Covid zu kämpfen haben. Hier wollen wir  
252 gezielt unterstützen, Familien stärken und eine Initiative zur Unterstützung bei Long-Covid für Familien  
253 auflegen. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die Kindergrundsicherung umsetzen, denn die  
254 Pandemiefolgen treffen gerade Familien mit Kindern auch finanziell. Um Familien finanziell weiter zu  
255 entlasten, werden wir 2023 das vorletzte und 2024 das vorvorletzte Kitajahr beitragsfrei machen. Auch die  
256 Arbeit der Familienberatungen und Familienzentren wollen wir weiter unterstützen.

257 **Bildung und Schulen stärken:** Auch unser Bildungssystem und unsere Schulen wurden in der Corona  
258 Pandemie mit vielen Härten und Herausforderungen konfrontiert. Besonders für Kinder und Jugendliche  
259 war die Zeit der Lockdowns nicht einfach. Gerade dann, wenn wichtige soziale Entwicklungsschritte nicht  
260 gemacht werden konnten und der Kontakt zu Lehrer\*innen und Klassenkamerad\*innen verloren gegangen  
261 ist. Soziale Ungleichheiten werden dadurch weiter verschärft. Das Programm des Bundes „Aufholen nach  
262 Corona“ haben wir mit Landesmitteln noch einmal verdoppelt, um zwei Jahre lang 200 zusätzliche  
263 Lehrkräfte und 54 Stellen Schulsozialarbeit finanzieren zu können. Dies ist ein guter erster Schritt. Um  
264 unsere Schulen dauerhaft mit dem dringend benötigten Personal auszustatten, werden wir uns in der  
265 zweiten Hälfte der Legislatur für multiprofessionelle Teams in Schulen einsetzen. Außerdem wird der  
266 Ausbau von Schulen für gemeinsames Lernen einen Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bilden, genauso  
267 wie  
268 die Umsetzung des „Startchancenprogramms“ des Bundes, mit dem z.B. in Barrierefreiheit investiert wird, .

269  
270 **Digitalisierung - offen und gemeinwohlorientiert:** Mit öffentlichem Geld entwickelte Software soll nach  
271 dem Prinzip „Public Money, Public Code!“ unter freien Lizenzen veröffentlicht werden. Die Nutzung und  
272 Entwicklung von Open-Source-Software ist für uns daher wesentlicher Bestandteil erfolgreicher  
273 Digitalisierung. Bereits heute bauen große Teile der digitalen Infrastruktur auf gemeinnütziger  
274 Open-Source-Software auf, doch die Wartung und Weiterentwicklung lastet oftmals auf den Schultern  
275 weniger ehrenamtlicher Entwickler\*innen. Wir sehen den Staat hier in der Verantwortung, wichtige  
276 genutzte Projekte sowohl finanziell als auch personell zu unterstützen um Funktionsweise und Sicherheit  
277 öffentlicher digitaler Infrastruktur nachhaltig zu sichern.

278  
279 **Digitale Verwaltung - modern und transparent:** Wir Bündnisgrüne setzen auf Offenheit und Transparenz.  
280 Mit gut strukturierten offenen Daten nach dem Prinzip „open-by-default“ wollen wir den Datenschatz der  
281 Verwaltung für die Gesellschaft nutzbar und Verwaltungsvorgänge transparenter machen. Dafür haben wir  
282 mit dem Open-Data-Beschluss des Landtages bereits den Grundstein gelegt und werden bis Ende der  
283 Legislaturperiode ein umfangreiches Open-Data-Gesetz vorlegen. Wir setzen uns außerdem für den

284 nachhaltigen Aufbau von Digitalkompetenz in öffentlicher Verwaltung eine digitalisierungsfreundliche  
285 Organisationskultur ein, um die öffentliche Verwaltung zu einer attraktiven Arbeitgeberin für digital affine  
286 Berufsgruppen und IT-Fachkräfte zu entwickeln.

287 **Brandenburg nach der Pandemie ausreichend finanzieren:** Es werden zusätzliche Mittel nötig sein, um zum  
288 einen die Maßnahmen zu finanzieren, die für das Erreichen der Klimaschutzziele und für die nachhaltige  
289 und soziale Modernisierung Brandenburgs erforderlich sind, und um zum anderen die wirtschaftliche  
290 Erholung mit dem Abklingen der Corona-Pandemie abzusichern. Wir brauchen neben privaten auch mehr  
291 öffentliche Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie in die Infrastruktur.  
292 Wir werden dafür kämpfen, diese Mittel jetzt bereit zu stellen und wollen in den kommenden Haushalten  
293 die Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse sichern.

## Beschluss

Rechtsextremist\*innen das Einfallstor verschließen: keine Instrumentalisierung der Pandemie zulassen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

### Antragstext

1 Seit zwei Jahren leben wir mit der COVID-19-Pandemie. Das verlangt uns allen im Alltag immens viel ab.  
2 Wir haben in Brandenburg gemeinsam die Zeiten im Lockdown überstanden. Wir sind mit Pflegekräften,  
3 Eltern und Verwaltungsmitarbeitenden an unsere Grenzen gekommen. Uns eint die Erschöpfung und der  
4 Wunsch nach einem Ende der Pandemie. Dennoch steht die Mehrheit der Gesellschaft solidarisch  
5 zusammen, auf der anderen Seite erleben wir eine massiver Zunahme radikaler, teils extremistischer  
6 Meinungsäußerungen von einem kleinen Teil der Gesellschaft. Diese erreichen über Telegram und andere  
7 soziale Netzwerke immer mehr Menschen in einem Umfeld, in dem weder kritisch hinterfragt noch  
8 Widerspruch gegen antisemitische Verschwörungserzählungen geäußert wird.

9 Unangemeldete Versammlungen, bei denen konsequent gegen das Infektionsschutzgesetz und  
10 versammlungsrechtliche Auflagen, Gesetze und Verordnungen verstoßen wird, richten sich nur vermeintlich  
11 gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Den Initiator\*innen geht es um etwas anderes. Zum  
12 Teil sind es die gleichen Akteure, welche seit Jahren asylfeindliche Demonstrationen organisieren oder an  
13 diesen teilnehmen. Sie lehnen den demokratischen Staat ab und heizen mit Widerstands-Rhetorik die  
14 Stimmung immer weiter an. Wer hier mitläuft, unterstützt die größte rechtsextreme Mobilisierung seit  
15 Jahrzehnten.

16  
17 Mit Sorge beobachten wir die spontan emotionalisierte Gewalt, an der sich beispielsweise beim Stürmen  
18 einer Polizeikette auch Versammlungsteilnehmer\*innen beteiligen, die sonst nicht einem gewaltbereiten  
19 Spektrum zuzuordnen sind. Unser ausdrücklicher Dank gilt den Polizist\*innen, die über viele Wochen  
20 hinweg unter erheblichen persönlichen Belastungen diese Versammlungen begleitet haben.

21 Unsere Solidarität gilt neben den direkt von der Pandemie betroffenen Menschen denen, die sich allein, in  
22 lokalen Initiativen oder kommunalpolitisch für das solidarische Brandenburg engagieren, für das die große  
23 Mehrheit unserer Gesellschaft steht. Sie gilt auch Journalist\*innen und Wissenschaftler\*innen, die immer  
24 häufiger psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind, dennoch ihrer wichtigen Arbeit nachgehen  
25 und damit eine unabhängige Berichterstattung bzw. Forschung ermöglichen.

26  
27 Wer sich Verschwörungserzählungen und rechtsextremer Mobilisierung entschlossen entgegenstellt,  
28 braucht Mut. Entsprechenden Gegenprotest unterstützen wir ausdrücklich und helfen den Betroffenen von  
29 rechter Gewalt.

### 30 **Versammlungsfreiheit schützen**

31 Der Schutz der im Grundgesetz garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist ein zentrales  
32 Anliegen bündnisgrüner Politik. Es ist selbstverständlich, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie  
33 widersprochen und gegen diese demonstriert werden kann. Selbstverständlich ist aber auch, dass sich  
34 Versammlungsteilnehmer\*innen an geltendes Recht halten und dieses, wo das nicht der Fall ist, unter  
35 Wahrung der Verhältnismäßigkeit durchgesetzt wird.

36 Eine Umdeutung und Verharmlosung rechtsextremer Proteste durch die Verwendung von Begriffen wie  
37 "bürgerlich" oder "Spaziergang" lehnen wir ab, ebenso die Gleichsetzung friedlicher Proteste der



38 Anti-Atomkraft-Bewegung oder Klimaaktivist\*innen mit Fackelmärschen an Privatadressen von  
39 Politiker\*innen. Insbesondere als ostdeutscher Landesverband ist es für uns inakzeptabel, die Diktatur in  
40 der DDR zu verharmlosen und mit der Politik der Bundes- und Landesregierung gleichzusetzen. Das gilt  
41 auch für Vergleiche, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlungen leugnen  
42 oder verharmlosen.

43 Eine nicht unerhebliche Anzahl der Menschen im rechtsextremen und verschwörungserzählerischen  
44 Spektrum ist für uns nicht mehr erreichbar. Den Dialog mit den teilweise gewaltbereiten Initiator\*innen  
45 entsprechender Proteste schließen wir aus.

46 Dialogbereit bleiben wir gegenüber den Teilnehmer\*innen, die eine Grenze ziehen, wo wiederholt gegen  
47 Auflagen verstoßen und die freiheitliche demokratische Grundordnung abgelehnt wird. Zweck eines  
48 solchen Dialoges muss es sein, auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte und unter Anerkennung  
49 wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse über Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu  
50 streiten. Er darf niemals Teil der Proteste sein und nicht genutzt werden, um Verschwörungserzählungen zu  
51 verbreiten.

52  
53 Um einen besseren Überblick über im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen stehendes  
54 Versammlungsgeschehen zu erhalten, fordern wir ein landesweites Monitoring rechtsextremer  
55 Mobilisierung.

#### 56 **Demokratische Resilienz stärken**

57 Wir wollen und müssen die demokratische Resilienz unserer Gesellschaft stärken, um sie nachhaltig vor  
58 rechtsextremen Bedrohungen zu schützen. Dafür schaffen wir eine Kultur und Umwelt, in der die  
59 Verfassungstreue ihrer Mitglieder und Institutionen nicht nur formell anerkannt, sondern gelebt wird.

60 Wir wollen einen niedrigschwelligen, selbstbestimmten Zugang zu politischer Bildung. Dabei sollen  
61 demokratische Kompetenzen vermittelt werden, die über eine reine Institutionenkunde hinausgehen.  
62 Darüber hinaus wollen wir Beratungsangebote gegen Gewalt, Rechtsextremismus und  
63 Fremdenfeindlichkeit einschließlich der Opferberatung stärken und verstetigen. Projekt-finanzierte  
64 Angebote dürfen nur die Ausnahme und nicht die Regel sein.

65 Wir wollen zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement nachhaltig fördern und damit  
66 dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Das Land Brandenburg soll sich im Bundesrat  
67 dafür einsetzen, zivilgesellschaftliches Engagement als gemeinnützig anzuerkennen.

68 Die Landesregierung fordern wir auf, ein Landesgesetz zur Demokratieförderung vorzulegen. Ein solches  
69 Gesetz soll neben der Stärkung von Ehrenamt und Zivilgesellschaft auch kommunalpolitisches  
70 Engagement unter anderem durch einen Rechtsschutz fördern, der ehrenamtlichen Politiker\*innen eine  
71 effektive Verteidigung gegen Hass, Hetze und Verleumdungen ermöglicht.

## Beschluss

Brandenburg 2030: Mit 100% erneuerbare Energien zu wirtschaftlicher Stärke, lebenswerter Umwelt und stabilen Preisen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 26.03.2022

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Verschiedenes

## Antragstext

1 Es ist deutlich wie nie, wir müssen unsere Energiepolitik klar und konsequent neu ausrichten: komplett  
2 raus aus der Abhängigkeit der immer teurer und unzuverlässiger werdenden fossilen Energieträger. Mit  
3 unserer fossilen Energierechnung finanzieren wir die Klimaschäden, die auch uns in Brandenburg hart  
4 treffen. Wir versetzen dadurch auch autokratische Lieferländer wie Russland finanziell in die Lage  
5 schreckliche Angriffskriege zu führen. Stattdessen müssen wir rein in eine 100% Versorgung durch  
6 erneuerbare Energien, denn sie sind a) klimafreundlich, sie werden b) immer günstiger, c) sie stehen überall  
7 bei uns vor Ort zur Verfügung und d) schaffen regional zukunftsfeste Wertschöpfungsketten.

8 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg ist klar, dass wir in Brandenburg spätestens 2035 klimaneutral  
9 sein müssen. Das ist auch nur folgerichtig, denn die Ausgangslage hat sich in den letzten Jahren  
10 dramatisch verändert. Wir haben global nicht mehr bis 2050 Zeit die Temperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen,  
11 um die Klimakatastrophe abzuwenden, die Vegetationszonen deutlich verschiebt, Menschen zur Flucht  
12 zwingt und eine steigende Anzahl von Regionen durch Trockenheit, Überschwemmungen oder starken  
13 Temperaturschwankungen unbewohnbar macht. Der 6. Weltklimabericht hat im Sommer 2021 deutlich  
14 gemacht, dass nach aktuellem Pfad der Treibhausgasemissionen, die 1,5 Grad Grenze bereits in den frühen  
15 2030er Jahren überschritten wird. Wenn wir zusätzlich das Bundesverfassungsurteil zum  
16 Klimaschutz von 2021 ernst nehmen und das Bekenntnis unserer Landesregierung zu den Pariser  
17 Klimazielen (Koalitionsvertrag 2019), dann müssen wir uns in Brandenburg der Verantwortung stellen und  
18 unsere  
19 Energieversorgung bis 2030 auf 100% erneuerbare Energien umstellen.

### Unser Brandenburg von den fossilen Fesseln lösen

21 Trotz aller Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind wir noch stark abhängig von der  
22 Nutzung fossiler Energieressourcen[1] und auch in Brandenburg noch nicht auf dem Pfad zu 100%  
23 erneuerbaren Energien in 2030. Das wollen wir ändern und die Gründe dafür liegen auf der Hand:

- 24 • **Abhängigkeiten von fossilen Energiequellen machen uns wirtschaftlich und politisch angreifbar:** Die  
25 Abhängigkeit von ausländischen fossilen Gasquellen (knapp 90%, davon 55% aus Russland) und  
26 Erdöllieferungen (98%, davon 35% aus Russland) setzt uns nicht nur hohen Preisschwankungen mit  
27 steigenden Bezugskosten aus, sondern ist auch unsicher und führt politisch bedingt – wie der  
28 aktuelle Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt – zu großen Versorgungsunsicherheiten. So  
29 ist der Füllgrad unserer Gasspeicher aktuell auf einem historischen Tiefstand. Unsere  
30 Mitbürger\*innen und Unternehmen machen ihre Energieversorgung dadurch hochgradig abhängig  
31 von politisch instabilen Situationen und müssen gleichzeitig ihr regional erwirtschaftetes  
32 Einkommen für Energieimporte an autokratische Regime transferieren.

- 33 • **Auch klimabedingt können fossile Energien nur noch teurer werden:** Die steigenden CO<sub>2</sub>-Preise  
34 verlagern die immer weiter steigenden Folgekosten fossiler Energien von der Zukunft in die  
35 Gegenwart. Das ist auch richtig so, denn die Kosten, die vor allem die Allgemeinheit aktuell durch die  
36 immer größeren Klimaschäden trägt, müssen wir heute über eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung direkt zahlen.  
37 Dadurch wird fossile Energie deutlich teurer, was Verbraucher\*innen direkt im Geldbeutel spüren.  
38 Dies trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen oder in Grundsicherung. Wer weiterhin  
39 auf Kohlestrom und andere fossile Energiequellen setzt, verstärkt soziale Ungleichheit. Im Gegensatz  
40 dazu wirkt der Ausbau erneuerbarer Energien preissenkend und der Strom ist im Vergleich zu  
41 fossilem Strom günstiger. Dieser Vorteil muss auch bei den Verbraucher\*innen zeitnah ankommen.
- 42 • **Der vorgezogene Kohleausstieg 2030 kommt:** Braun- und Steinkohle müssen im Boden bleiben. Die  
43 neue Bundesregierung hat mit unserer maßgeblichen Beteiligung im Koalitionsvertrag den  
44 Beschluss gefasst, den Kohleausstieg von 2038 auf „idealerweise“ 2030 vorzuziehen. Das kann uns  
45 nur gelingen, wenn wir bereits heute anfangen, uns von der Abhängigkeit der Kohlenutzung so  
46 schnell es geht zu lösen.
- 47 • **Nutzung von fossiler Energie führt zu erheblichen Umweltschäden:** Nicht hinreichend werden auch die  
48 Umweltschäden berücksichtigt, die wir entlang von globalen Lieferketten fossiler Brenn- und  
49 Kraftstoffe produzieren. Gigantische Ölteppiche verschmutzen aktuell wieder viele Küstenabschnitte  
50 in Peru und Thailand, tausende Vögel und Fische verenden und Fischereibetriebe fürchten ihre  
51 Lebensgrundlage zu verlieren. Jüngst ist – weitestgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – aus  
52 einer Ölpipeline in Ecuador fast doppelt so viel Erdöl in ein Naturschutzgebiet des Amazonas  
53 geflossen wie nach dem Exxon Valdez Tankerunglück 1989 in Alaska. Auch beim Erdgas wird die  
54 Klimaschädlichkeit im Vergleich zu sonstigen fossilen Energien unterschätzt. Von der Gasförderung  
55 über den Gastransport hin zu den Gaskraftwerken gibt es signifikante Leckagen von Methan, die  
56 häufig nicht in die Klimabilanz von Gas mit einfließen. Dies ist umso besorgniserregender, wenn man  
57 betrachtet, dass Methan in den ersten  
58 20 Jahren je Tonne über 80-mal und auch nach 100 Jahren immer noch 28-mal klimaschädlicher als  
59 eine Tonne CO<sub>2</sub> ist. Das Zeitalter von Erdgas muss nicht nur aus geopolitischen, sondern auch aus  
60 einer Umweltperspektive schnell enden.

## 61 **Brandenburg an die Spitze beim Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen**

62 Um uns von den Fesseln einer fossilen Energieversorgung zu lösen, müssen wir den bereits begonnen Weg  
63 zum Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller gehen. Wir streben nicht 2050, nicht 2040,  
64 sondern 2030 eine Vollversorgung durch erneuerbare Energien in allen Sektoren (Strom, Industrie,  
65 Gebäude, Verkehr) an. Nur so können wir zusätzlich zu weiteren notwendigen Maßnahmen in der Land-,  
66 Forst- und Abfallwirtschaft das Klimaneutralitätsziel 2035 erreichen.

- 67 • **100% erneuerbare Energie in Brandenburg bis 2030 ist möglich:** Es gibt mehr und mehr  
68 Beispielregionen, die sich schon heute mit bilanziell 100% erneuerbaren Energien versorgen und  
69 zahlreiche Studien, die wissenschaftlich eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien darstellen.  
70 So auch für die Region Berlin-Brandenburg. Zuletzt hat die Energy-Watch-Group ein 100% Szenario  
71 erneuerbare Energien für 2030 berechnet[2], aber auch die LAG Energie hat bereits 2020 ein Szenario  
72 für Berlin-Brandenburg erstellt[3]. Diese Szenarien zeigen, dass nicht nur eine 100% Versorgung  
73 durch erneuerbare Energien in Brandenburg, sondern auch ein substanzieller Export von  
74 erneuerbaren Energien nach Berlin machbar ist.
- 75 • **Viel ungenutztes Potential in Brandenburg beim Ausbau der Erneuerbaren:** Zur Ablösung der fossilen  
76 Energiekapazitäten gibt es große Potentiale in Brandenburg, die wir zur Vollversorgung durch  
77 erneuerbare Energien noch nicht ausgeschöpft haben. Viele unserer Dächer und viele anderweitig  
78 nicht genutzte Flächen können zur Nutzung der Solarenergie herangezogen werden, ausreichend  
79 weitere Flächen können für die Windenergie erschlossen werden, aber auch die Bioenergie und  
80 Geothermie können noch wichtige Beiträge für eine 100% Versorgung leisten[4].

- 81 • **Nationale Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen eingehalten werden:** Brandenburgs  
82 bilanzielle Vollversorgung durch erneuerbare Energien sind auch ein wichtiger Beitrag für die im  
83 Koalitionsvertrag auf Bundesebene verabredeten nationalen Erneuerbare-Energien- und  
84 Flächen-Nutzungs-Ziele. Wir in Brandenburg stehen zum bundesweiten Ziel 2% der Landesfläche für  
85 die Windenergie nutzbar zu machen und erwarten dies auch von allen anderen Bundesländern. Als  
86 Flächenland wollen wir mehr als 2% unserer Landesfläche für den Ausbau der Windenergie und  
87 weitere Flächen für PV-Anlagen zur Verfügung stellen, um den notwendigen Bedarf zu sichern.
- 88 • **Update für Netz- und Speichersystem, um Versorgungssicherheit zu garantieren:** Die Erzeugung von  
89 erneuerbaren Energien allein wird nicht ausreichen. Dargebotsabhängige Energieerzeugung aus  
90 Wind und Solar fluktuieren zu einem gewissen Grad. Als Puffer können sie durch steuerbare  
91 erneuerbare Energien (wie Biomasse und Geothermie), Speicher und durch eine angepasste  
92 Netzstruktur ausgeglichen werden. Unser Netz- und Speichersystem braucht daher ein Update, um  
93 einen kontinuierlich steigenden Anteil an fluktuierenden erneuerbaren Energien in das System zu  
94 integrieren und regelbare Leistung anzubieten.[5] Der Aufbau von Elektrolyseleistung zur Produktion  
95 grünen Wasserstoffs, Brennstoffzellen und mit grünem Wasserstoff betriebenen Gas- und  
96 Dampfturbinenkraftwerke sowie Batteriespeicher spielen dabei eine Schlüsselrolle. Auch die  
97 Nutzung von mobilen Speichern, z.B. die Akkus von Elektroautos, muss zur Stabilisierung der Netze  
98 und der regionalen Energieversorgungssicherheit ermöglicht  
99 werden (bidirektionale Speicherung).
- 100 • **Flauten ausgleichen und Vorteile des europäischen Stromnetzes nutzen:** Brandenburg wird auch  
101 weiterhin Teil des deutschen und europäischen Netzsystems bleiben. Überproduktion an  
102 erneuerbaren Energien können wir dadurch exportieren und punktuelle Unterproduktionen – wie  
103 heute schon – können aus anderen Regionen ausgeglichen werden. Die Energieverbräuche und die  
104 Verfügbarkeit aus fluktuierenden erneuerbaren Energien gleichen sich geographisch sehr gut aus.  
105 Zusätzlich stehen nahezu ganzjährig über das Netz Offshore-Wind aus der Ost- und Nordsee sowie  
106 stetige Wasserkraft aus anderen Regionen zur Verfügung.
- 107 • **Vielfalt der Technologien nutzen für erneuerbare Wärme:** Die benötigte Wärme[6] aus erneuerbaren  
108 Energien kann in Brandenburg wie in anderen Regionen Deutschlands zum Großteil aus  
109 Wärmepumpen, aber auch durch direkte Nutzung von Strom über Heizstäbe, der Bioenergie,  
110 Geothermie, industrielle Abwärme und durch Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen über Fernwärmenetze  
111 abgedeckt werden. Insbesondere Blockheizkraftwerke für nachhaltige Bioenergie, angeschlossen an  
112 Nahwärmesysteme, können einen wichtigen Beitrag für Zeiten mit wenig Wind und Sonne liefern und  
113 helfen die Kosten für Energiespeicher zu senken. Ein Großteil der Wärme ist ohnehin  
114 Niedertemperaturwärme zum Heizen und zur Warmwasserbereitstellung, bei denen bereits heute  
115 verfügbare Technologien wie Solarthermie, Wärmepumpen oder die Nutzung von Abwärme leicht  
116 zum Einsatz kommen können. Die Wärmeversorgung in Städten und Gemeinden kann dabei auch  
117 über Niedertemperatur-Wärmenetze erfolgen.

## 118 Aufbruch erneuerbare Energien im Bund und in Brandenburg

119 Rückenwind für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren kommt durch die Bundesebene. Wir  
120 begrüßen, dass mit der angedachten EEG-Novelle bis 2035 der Strom nahezu vollständig aus Erneuerbaren  
121 kommen soll und nicht wie im alten EEG angedacht irgendwann vor 2050. Bis 2030 sollen bundesweit 80  
122 Prozent des Stromverbrauchs Erneuerbar sein, dieses Ziel sichert dann auch einen Kohleausstieg 2030 ab.  
123 Als Flächenland Brandenburg haben wir günstigere Bedingungen für den Ausbau von Erneuerbaren, daher  
124 können und wollen wir noch mehr ausbauen als vom Bund vorgegeben und so den bundesweiten Ausbau  
125 beschleunigen und unterstützen. In Brandenburg streben wir daher 100% erneuerbare Energien schon bis  
126 2030 an.

127  
128 Diese Ziele sind nur durch eine Beschleunigung der Planung erreichbar, daher ist es richtig, dass im EEG

129 künftig verankert werden soll, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen  
130 Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Dieses Ziel gilt selbstverständlich auch für uns in  
131 Brandenburg.

132  
133 Für Ostdeutschland und Brandenburg ist bei der anstehenden EEG Novelle besonders wichtig, dass:

- 134 • bei Freiflächenanlagen, landwirtschaftliche & energiewirtschaftliche Belange mit dem Naturschutz  
135 in Einklang gebracht werden und dafür insbesondere „Agri-PV“ und -Parkplatz-PV dauerhafte  
136 Perspektiven erhalten.
- 137 • Bürger\*Innenenergie erleichtert und bis zu einer Größenordnung von 18 MW bei Wind und 6 MW bei  
138 Solar von Ausschreibungen ausgenommen werden.
- 139 • die finanzielle Beteiligung der Kommunen ausgeweitet wird. Bereits bei bestehenden  
140 Windenergieanlagen an Land und Freiflächenanlagen sollen künftig Kommunen finanziell beteiligt  
141 werden können.
- 142 • die Dekarbonisierung der Wärmenetze in den Brandenburger Städten zügig, durch eine verbesserte  
143 Förderung von Wärmepumpen, vorangebracht wird. Dies ist insbesondere in Ostdeutschland  
144 notwendig, weil in vielen kleinen und mittleren Städte Wärmenetze noch aus DDR-Zeiten existieren,  
145 die für die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung genutzt werden können, z.B. mit abgeregeltem  
146 Windstrom.

147 Die zügige Umsetzung dieser Maßnahmen auf Bundesebene wird die Energiewende in Brandenburg  
148 beflügeln.

149  
150 Der Entwurf der Energiestrategie 2040 des Brandenburger Wirtschafts- und Energieministeriums bleibt vor  
151 diesem Hintergrund deutlich hinter dem Notwendigen zurück.

152 Wir fordern deshalb den Entwurf der Energiestrategie grundsätzlich zu überarbeiten und dabei

- 153 • **die bald vorliegenden Sektorziele des Brandenburger Klimaplans** als Grundlage zu nehmen und die  
154 neuen Vorgaben und Möglichkeiten der Bundesebene einzuarbeiten. Im Ergebnis muss die  
155 Energiestrategie die klimapolitischen Notwendigkeiten anerkennen. Wenn im Koalitionsvertrag auf  
156 Bundesebene der Kohleausstieg für 2030 angestrebt wird, wirkt der Entwurf für einen Kohleausstieg  
157 für 2038 deutlich aus der Zeit gefallen.
- 158 • **die Ausbauziele für Windkraft deutlich zu erhöhen.** Das Zwischenausbauziel für die Windkraft von  
159 10,5 GW installierter Leistung bis 2030 ist aus der alten, längst überholten Energiestrategie  
160 übernommen. Für den Ausbau der Windkraft ist die Flächenverfügbarkeit von entscheidender  
161 Bedeutung. Hier erwarten wir noch vor der Sommerpause klare bundesgesetzliche Vorgaben von der  
162 Bundesregierung. Diese müssen dann umgehend in die Regionalplanung umgesetzt werden.
- 163 • **insbesondere die Ausbauziele für die Photovoltaik deutlich zu erhöhen.** Diese sind deutlich zu  
164 niedrig, gerade auch vor dem Hintergrund der entsprechenden Potenzialanalyse, die das Wirtschafts-  
165 und Energieministerium selbst vorgelegt hat. Der Ausbaupfad im Entwurf der Energiestrategie  
166 verlagert die größten Steigerungen zu weit in die Zukunft. Notwendig ist es, jetzt die großen Schritte  
167 zu machen. Außerdem fehlt ein landespolitischer Ansatz, wie das Potenzial auf Dachflächen und  
168 Konversionsflächen verstärkt für den PV-Ausbau genutzt werden kann.
- 169 • **das Thema Repowering stärker zu beleuchten.** Bestehende Windparks wurden in der Vergangenheit  
170 genehmigt und die notwendige Infrastruktur ist bereits vorhanden. Die Möglichkeit aus der  
171 EEG-Förderung fallende Windparks zu repowern, bietet damit ein relativ einfach zu hebendes  
172 Potenzial. Hemmnisse für das Repowering müssen abgebaut werden.

- 173 • **auch die fossilen Energieträger zu beleuchten.** Der vorliegende Entwurf widmet sich ausführlich den  
174 erneuerbaren Energien, nicht jedoch dem nötigen Ausstiegspfad für Kohle, Öl und Erdgas. Er lässt  
175 völlig offen, welche Energieträger für den nicht erneuerbaren Anteil genutzt werden sollen. Die  
176 fossilen Energieträger unterscheiden sich aber deutlich durch Verfügbarkeit, direkte Umweltschäden  
177 in Brandenburg, CO<sub>2</sub>-Intensität und damit letztlich auch der Betroffenheit durch dessen Besteuerung  
178 usw. Für die fossilen Energieträger sollten ambitionierte Ausstiegsziele formuliert werden.
- 179 • **den Energiebedarf nachvollziehbarer herleiten.** Die Annahme des sinkenden Endenergieverbrauchs  
180 ist im Entwurf nicht untermauert. Auch gilt es zu thematisieren, wie durch Einsparung und  
181 Effizienzsteigerung der Bedarf gesenkt werden kann. Schließlich wird der Energiebedarf Berlins  
182 bisher komplett ignoriert.
- 183 • **den Wärmebereich stärker zu beleuchten.** Die Notwendigkeiten im Wärmebereich, insbesondere im  
184 Bereich Wohnen und Gebäude, werden im Entwurf unzureichend adressiert.
- 185 • **die erforderlichen Fachkräfte zu benennen.** Die beschleunigte Energiewende benötigt Menschen, die  
186 sie umsetzen. Dazu zählen sowohl Menschen in den Genehmigungsbehörden wie dem Landesamt für  
187 Umwelt (LfU), als auch Fachkräfte in der Energiewirtschaft und das Handwerk. Hier drohen Engpässe,  
188 die das Ministerium, welches nicht nur für Wirtschaft und Energie, sondern auch für Arbeit zuständig  
189 ist, ebenfalls adressieren muss.

190 Brandenburg soll eine Klimakampagne starten, um die Bürger\*innen auf dem Weg zu 100% erneuerbaren  
191 Energien mitzunehmen. Dabei soll auch das Ziel verfolgt werden, private Investitionen auf erneuerbare  
192 Energien auszurichten.

193 Um eine Energieversorgung aus 100 % Erneuerbaren bis 2030 erreichen zu können, muss folgerichtig die  
194 Energiestrategie auf 2030 ausgerichtet werden. Diese muss den schnellen Ausbau der erneuerbaren, aber  
195 auch den Ausstieg aus den fossilen Energien adressieren.

196 Um die hohen Klimafolgekosten und steigende Energiepreise abzuwenden, braucht es jetzt eine  
197 ambitionierte Politik in allen Bereichen. Während sich alle anderen Parteien in Brandenburg vor dieser  
198 großen Aufgabe scheuen, wollen wir Bündnisgrüne mit der Unabhängigkeit von fossilen Energien neue  
199 Chancen verwirklichen. Mit 100% erneuerbaren Energien bis 2030 sichern wir eine freie, umweltgerechte,  
200 sozial gerechte und wirtschaftliche Entwicklung für Brandenburg.

201 [1] Laut zuletzt verfügbaren Zahlen des statistischen Landesamtes (2017) bestand der brandenburgische  
202 Primärenergieverbrauch aus fossilen Gasen (12%), Mineralöl (27%), Braun- (38%) und Steinkohle (4%).  
203 Dahingehend machte der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergiebereich nur 17% aus. Diese  
204 Zahlen werden sich aufgrund des weiteren Zubaus von Wind- und Solaranlagen in den letzten Jahren  
205 zugunsten der erneuerbaren Energien verbessert haben, aber der hohe Abhängigkeitsgrad von fossilen  
206 Energien hat sich dadurch nicht wesentlich verbessert;  
207 <https://www.energywatchgroup.org/wp-content/uploads/DE-Studie-Berlin-Brandenburg.pdf> EWG, 2021

208 [2] Die zuletzt für 2017 offiziell bestätigten Zahlen des Landesamts für Statistik weisen auf, dass wir in  
209 Brandenburg 98,6 TWh Endenergie verbrauchen. Über die effizientere Nutzung von Energie im Gebäude-,  
210 Mobilitäts- und Industriebereich können wir den Verbrauch bis 2030 auf rund 82 TWh senken (Strom, inkl.  
211 Elektrifizierung des Verkehrs ca. 42 TWh & Wärme 40 TWh). Laut offizieller Statistik haben wir 2017 bereits  
212 32TWh aus heimischen erneuerbaren Energien erzeugt. Die verbleibenden 50 TWh können wir bis 2030  
213 aus erneuerbaren Energien decken und darüber hinaus einen erheblichen Teil zur Versorgung Berlins rein  
214 aus erneuerbaren Energien beitragen, EWG 2021

215 [3][https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-\(nichtöffentlich\)-](https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-(nichtöffentlich)-Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg)  
216 [Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg](https://www.ernes.de/seite/451054/projekte-b90grüne-(nichtöffentlich)-Ophhz7xb.html#BerlinBrandenburg)

217 [4] Dächer ca. 15 GW, Flächen ca. 30 GW. Die Windenergie nutzen wir in Brandenburg mit rund 9 GW  
218 installierter Kapazität bereits sehr gut und müssten sie nur um weitere 3 GW erweitern. Weniger große

- 219 Potentiale haben die Bio- und Geothermie, aber in Summe ist die Nutzung der festen und gasförmigen  
220 Bioenergie in Heizkraftwerken oder Blockheizkraftwerken mit rund 1,4 GW und die Nutzung der  
221 Geothermie von rund 0,5 GW auch für Ausgleichsenergie erforderlich, EWG 2021
- 222 [5] in Höhe von rund 9 GW, EWG 2021
- 223 [6] rund 40 TWh, EWG 2021

## Beschluss

Guter Austausch – Debatten für die Zukunft aufgestellt Kommunikation und Debatten im Landesverband Brandenburg gemeinsam weiterentwickeln

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.03.2022  
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die LDK möge beschließen, für die innerparteilichen Debatten unter den Mitgliedern ab 01.04.2022 das
- 2 Grüne Forum (discourse) zu nutzen. Für eine bessere und strukturierte Beteiligungsmöglichkeit aller
- 3 Mitglieder und nachvollziehbare Diskussion auch zwischen den Versammlungen, bietet dieses grüne
- 4 Werkzeug angemessene Möglichkeiten. Die E-Mailliste „Debattenliste“ wird nach der – beide
- 5 Kommunikationswege nutzbaren – moderierten Übergangsphase zum 31.07.2022 abgeschaltet.
- 6
- 7 Die Moderation erfolgt über ein ehrenamtliches Moderationsteam, Sanktionen werden in der
- 8 Übergangsphase durch das Team der Landesgeschäftsstelle ausgesprochen. Das Team der
- 9 Landesgeschäftsstelle baut das ehrenamtliche Moderationsteam auf, bietet Moderationsschulungen an und
- 10 schafft Möglichkeit zum Austausch.
- 11 Der Landesverband organisiert bis zur Herbst-LDK Schulungsveranstaltungen, damit alle in der Partei
- 12 Organisierten eine Einführung in das neue System erhalten und bis November die Fähigkeit zur Benutzung
- 13 der neuen Tools erwerben können.

### Begründung

Der Landesverband hat nun mehr als 2.600 Mitglieder. Um mit so vielen Menschen einen guten Austausch und eine offene Debatte führen zu können, benötigen wir die passenden Formate. Die Strukturkommission hat dazu die Lage mit den verschiedenen Gremien und vielen Engagierten analysiert. Die Lösungen anderer Landesverbände und der Austausch mit der Netzbegründung/Verdigado haben dabei neue Formate aufgezeigt.

#### Aktuelle gewachsene Situation

Bislang wird eine Debatte in den Orts- und Kreisverbänden, den LAGen, den weiteren Gremien und schließlich auf den Parteitagen geführt. Daneben gibt es die Debatten-E-Mail-Liste auf der aus technischen Gründen keine thematische Struktur möglich ist. Auf dieser Liste können Mitglieder entweder eingetragen sein, oder nicht. Eine temporäre oder thematische Teilnahme ist daher schwierig. Der Anteil der Mitglieder auf der Debattenliste sinkt stetig (z.Zt. ca. 400). Aktiv nehmen ebenfalls nur wenige Mitglieder teil – ca. 20 Personen beteiligen sich regelmäßig mit Beiträgen.

Für die Zukunft muss eine Beteiligungs- und Debattenform gefunden werden, die viele Themenbereiche abbilden kann. Auch soll es möglich sein, nach eigenem Interesse teilnehmen zu können, ohne sich durch ständige Benachrichtigungen belästigt zu fühlen. Hilfreich ist auch eine Sortier- und Suchfunktion der Debattenbeiträge und eine eigene thematische Ordnung.

Als Partei treten wir für Wandel, Erneuerung und Zukunftsfähigkeit ein. Daher werden wir die nachfolgenden Kommunikationswege ausbauen und verstetigen.

#### Kommunikationswege bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg



1. Landesverband-Terminkalender: alle Termine in LV und KV werden in einem Grüne Wolke-Kalender dargestellt (technisch demnächst möglich)
2. Chatbegruenung am Rechner (rocket.chat am Smartphone): Themen, Ebenen, geschlossene und offene Gruppen möglich
3. LaVoSi-Sprechstunde (ca 10x/Jahr): alle Mitglieder können ihre Anliegen und Anregungen einbringen
4. Themen-Videokonferenzen: nach Bedarf mit unseren Minister\*innen, der LTF, den MdB, Kommunalis; ggf. offen für geladene Nicht-Mitglieder
5. Landesarbeitsgemeinschaften (LAG): thematische, regelmäßig tagende Arbeitsgemeinschaften, die landespolitische Themen diskutieren und neue Positionen dazu entwickeln
6. Aussprache-Format auf Parteitag soll fester Bestandteil werden
7. Debatten-Forum im Grünen Netz

### **Umsetzung der digitalen Debattenteilhabe für alle Mitglieder** (früher Debattenliste)

Der Landesvorstand schlägt nun zwei Varianten der Anpassung vor. Mit einer Spezifizierung der Themenauswahl und den technischen Möglichkeiten der grünen Werkzeuge wird die Voraussetzung geschaffen, auch in Zukunft mit allen Mitgliedern eine offene Debatte führen zu können, die aktiv daran teilnehmen möchten.

Von den grünen Werkzeugen bietet sich das **Grüne Forum** für diese Aufgaben an. Es können sowohl thematische Strukturen als auch Parteistrukturen abgebildet werden. Alle Mitglieder können mit ihren Zugangsdaten fürs Grüne Netz teilnehmen, wann und wie intensiv sie es wünschen. Auf Wunsch kann ein Überblick zu den aktuellen Debatten an die eigene E-Mail-Adresse geschickt werden.

#### Möglichkeiten

- Themenbereiche
- Parteiebenen, Strukturen mit eigenem Zugang möglich (LV, KV, OV)
- Moderation durch ehrenamtliche Moderator\*innen und Landesgeschäftsstelle (Awarenessteam), in organisatorischer Verantwortung des Landesvorstands
- Teilnahme an bundesweiten Debatten
- Teilen von Dokumenten und Links
- E-Mail-Benachrichtigungen sind konfigurierbar

#### Variante 1: **Schnell und vollständig**

- Umstellung zum 1. Mai
- Debattenräume stehen ab 18. April bereit
- Einführungsseminare via Videokonferenz (je KV oder BBG-weit)
- Information über Themen, die im Grünen Forum diskutiert werden, per Mail an die Debattenliste
- auf Debattenliste keine Beiträge mehr möglich
- Pilot\*innen für den Umstellungsprozess in jedem KV benennen

- zum 31. Mai Abschaltung der E-Mail-Debattenliste

#### Variante 2: **Gemächlich und sanft**

- Umstellungsphase bis zu den Sommerferien
- Debattenräume stehen ab 18. April bereit
- Einführungsseminare via Videokonferenz (je KV oder BBG-weit)
- Information über Themen, die im Grünen Forum diskutiert werden, per Mail an die Debattenliste
- auf Debattenliste sind Beiträge bis zur Umstellung möglich (Gefahr der Dopplung)
- Themen der Debattenliste werden aktiv ins Forum übertragen (intensive Moderation nötig)
- Pilot\*innen für den Umstellungsprozess aus jedem KV benennen
- zum 31. Juli Abschaltung der E-Mail-Debatten-Liste

#### **Wie bestimmen wir Moderator\*innen?**

Moderator\*innen können sich bewerben)\* und erhalten eine Schulung (Grundlagen Netiquette, Konfliktkommunikation) und werden ehrenamtlich im Auftrag des Landesverbands tätig. Sie haben die Aufgabe, die Debatten im Rahmen der Netiquette)\*\* zu beobachten und ggf. mit Diskutierenden in Kontakt zu treten. Sie sind berechtigt, Ermahnungen und ggf. Sanktionen, wie zeitweiliges Sperren auszusprechen. Die technische Umsetzung eventuell nötiger Sanktionen erfolgt durch die Landesgeschäftsstelle.

—  
)\* <https://discourse.netzbegruenung.de/t/moderation-im-forum-aufruf-zur-bewerbung/31982>

)\*\* <https://discourse.netzbegruenung.de/t/netiquette-fuer-das-forum-finaler-entwurf/31981> und <https://discourse.netzbegruenung.de/uploads/short-url/93QyBSel3par8jXhaXQyQHID6AS.pdf>

Austauschen über die Erfahrungen mit der Umstellung auf Grüne Forum können wir uns hier: <https://discourse.netzbegruenung.de/t/zukunft-der-debatte-in-bbg/32683>

# Beschluss

Rückenwind für Inklusion: Jedes Kind hat das Menschenrecht auf inklusive Bildung

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.03.2022  
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

## Antragstext

### 1 Rückenwind für Inklusion:

### 2 Gemeinsames Lernen an Brandenburgs Schulen voranbringen

3 Wie gerecht ist unsere Gesellschaft? Eine Antwort erhält, wer auf unsere Schulen und Kitas blickt. Denn  
4 dort erweist sich, in welchem Maße wir Chancengerechtigkeit und Solidarität verwirklichen. Der Befund ist  
5 ernüchternd: Nicht erst durch die Pandemie ist offenbar, dass unser Bildungssystem von dem Ideal eines  
6 inklusiven und sozial gerechten Zusammenlebens und Zusammenhaltens sehr weit entfernt ist. Je mehr wir  
7 uns auf die Bewältigung aktueller Krisen konzentrieren, um so eklatanter werden Risse und Verwerfungen  
8 im sozialen Gefüge. Aufgrund von Klassismus, Ableismus und Rassismus werden Betroffene in unserem  
9 Bildungssystem strukturell benachteiligt. Unser Bildungssystem wirkt in dieser Hinsicht nach wie vor  
10 ausschließend und abwertend. Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen sollen von Anfang  
11 an gemeinsam lernen und aufwachsen. Das ist der menschenrechtliche Auftrag aus der  
12 UN-Behindertenrechtskonvention, von dem unsere gesamte Gesellschaft auf Dauer profitiert. Leider ist  
13 die Entwicklung für ein inklusives Schulsystem in Brandenburg in den letzten Jahren zu wenig  
14 vorangekommen. Anstatt jungen Menschen und Familien Rückenwind zu geben, bremst es aus. Es ist Zeit,  
15 dieser Entwicklung Halt zu gebieten und mit aller Kraft gegenzusteuern. Ein sozial gerechteres  
16 Bildungswesen fördert ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben. Dieser Antrag soll nächste  
17 Schritte aufzeigen auf dem Weg zu einer inklusiven und sozial gerechten Brandenburger  
18 Bildungslandschaft - trotz und gerade wegen einer seit zwei Jahren andauernden Pandemie. Die  
19 finanzintensiven Dualstrukturen (Förderschulen und inklusiver Unterricht an Schulen gemeinsamen  
20 Lernens) sind nicht länger zu rechtfertigen.

### 21 Inklusiv ist Brandenburg noch lange nicht

22 Inklusion geht weit über das gemeinsame Lernen von Schüler\*innen mit und ohne sonderpädagogischem  
23 Förderbedarf hinaus, sondern gründet vielmehr auf einer Haltung der Anerkennung und bejahenden  
24 Wertschätzung von Diversität als Ressource für gesellschaftliche Entwicklung. Inklusiver Unterricht  
25 bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes.  
26 Brandenburg hat 2009 damit begonnen, Schulen inklusiv zu gestalten. Vieles ist auf halber Strecke  
27 steckengeblieben. In den Corona-Jahren kam es zum Stillstand, ja, mancherorts wurde das Rad eher  
28 zurückgedreht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neuen Schwung nehmen und den inklusiven Ansatz  
29 verwirklichen. Denn Inklusion kann es nicht halb geben: Jeder Mensch hat das Recht auf gemeinsames  
30 Lernen und auf eine ihm/ihr angemessene Förderung. Zurzeit besuchen jedoch nur ca. die Hälfte der  
31 Schüler\*innen mit besonderem Förderbedarf eine Regelschule. Die meisten Kinder und Jugendlichen, die  
32 inklusiv beschult werden, wurden den sonderpädagogischen Förderbedarfen Lernen, Sprache und  
33 emotional-soziale Entwicklung zugeteilt. Schüler\*innen, d Förderbedarf in geistiger Entwicklung,  
34 körperlich-motorischer Entwicklung, Autismus, Sehen oder Hören zugeschrieben bekommen haben, werden  
35 fast ausschließlich in Förderschulen beschult. Von einem inklusivem Bildungssystem sind wir also weit  
36 entfernt. Unser Ziel ist  
37 es, jedes Kind in seiner Individualität und nach seinen Bedürfnissen zu fördern.

38

### 39 **Programm „Gemeinsames Lernen“**

40 Seit dem Schuljahr 2020/21 nehmen in Brandenburg 238 Schulen (166 Grundschulen, 29 Oberschulen, 6  
41 Gesamtschulen und 7 Oberstufenzentren (OSZ) sowie 23 Schulzentren) teil am Landesprogramm „Schulen  
42 für gemeinsames Lernen“. Das ist ein Viertel der 923 Brandenburger Schulen. Es stellt sich hier die Frage,  
43 ob es wirklich die inklusive Beschulung ist, die zunimmt, oder die Einteilung in die sonderpädagogischen  
44 Förderbereiche. Laut Evaluationsbericht "Gemeinsames Lernen im Bundesland Brandenburg" vom März  
45 2021 liegt der Inklusionsanteil derzeit bei 50 Prozent. Mittlerweile besucht demnach jedes zweite  
46 Schulkind mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf eine inklusive Schule. Inklusion in der Bildung  
47 setzt voraus, dass alle Schulen ein Konzept zur Inklusion entwickeln und umsetzen.  
48 Das Landesprogramm "Schulen für gemeinsames Lernen" setzt wichtige Signale, aber in den  
49 Pandemiejahren kamen keine Schulen mehr hinzu. Jetzt braucht das Programm dringend neuen  
50 Schwung.

- 51 • Das Programm sollte schnellstens erweitert werden und zwar so, dass Schulen in Brandenburg dabei  
52 unterstützt werden, sich auf den Weg zu einer inklusionsorientierten Schulentwicklung zu machen.
- 53 • Das Land startet eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu "Schulen für gemeinsames Lernen", die  
54 alle Akteur\*innen umfassend über die Ausgestaltung des gemeinsamen Lernens und Auswirkungen  
55 individualisierter Lern- und Prüfformate informiert.
- 56 • Neben der Förderung der personellen Bedingungen, fordern wir eine Unterstützung der Kommunen  
57 in ihrer Verantwortung als Schulträger bei der Bereitstellung der zusätzlichen räumlichen, sächlichen  
58 und technischen Ressourcen.

### 59 **Hin zu einem inklusiven Bildungssystem**

60 Inklusion betrifft die ganze Gesellschaft – und das gesamte Bildungssystem. Kinder werden schon im  
61 jungen Alter durch leistungsorientierte Bewertung auf unterschiedliche Schulformen verteilt. Die  
62 Bildungswege gehen auseinander, wahre Potentiale bleiben unerkannt und strukturelle Ungleichheiten  
63 forciert. Jede\*r Schüler\*in von der 1. Klasse bis zum Schulabschluss soll die Möglichkeit bekommen –  
64 jederzeit und wohnortnah – den angestrebten Schulabschluss erreichen zu können. Und zwar gemeinsam  
65 – von der Grundschule bis zur Oberstufe. Bisher gehen jedoch Brandenburger Gymnasien einen  
66 Sonderweg, der den inklusiven Ansatz konterkariert. Wir wollen, dass möglichst alle Schulen – also  
67 Gemeinschaftsschulen, Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien das Konzept „Schule für Gemeinsames  
68 Lernen“ übernehmen, das mit der Bereitstellung von Ressourcen für die Erweiterung des pädagogischen  
69 Portfolios – auch für Gymnasien – einhergeht.

70 Inklusion betrifft auch die Einstellung und Haltung gegenüber dem Individuum in der Gruppe. In der  
71 Bildung bedeutet dies, jede\*r Schüler\*in gestaltet individuell seinen eigenen Weg des Lernens und zwar  
72 gemeinsam mit den anderen. An allen Schulen soll ein (lern-)differenzierter Unterricht stattfinden, der zwar  
73 in Brandenburg schon möglich ist, aber kaum umgesetzt wird.

- 74 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen und Schulformen das  
75 Konzept „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen.
- 76 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern Modellprojekte für (lern-)differenziertes Arbeiten an allen Schulen  
77 und Schulformen.

### 78 **Multiprofessionelle Teams**

79 Inklusion kann nur gelingen, wenn sich die Schule den Lernenden anpasst – und nicht umgekehrt. Die  
80 Kinder und Jugendlichen kommen in ihrer Vielfalt mit extrem unterschiedlichen Ausgangslagen und  
81 Bedürfnissen an die Schulen. Lehrkräfte brauchen die Freiheit, Flexibilität und die Ressourcen, sich auf ihre  
82 Schüler\*innen einzustellen. Eine wichtige Bedingung dafür ist es, dass Menschen unterschiedlicher

83 Professionen zusammenarbeiten zum Wohl aller Schüler\*innen. Neben den Lehrkräften sind dies zum  
84 Beispiel Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Therapeut\*innen, Gesundheitskräfte, Psycholog\*innen.  
85 Teamarbeit muss selbstverständlich sein. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden: Zeit für  
86 Teambesprechungen, Räume für Gespräche, Therapien etc.

- 87 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag vereinbarten  
88 400 zusätzlichen Fachkräfte einzustellen.
- 89 • Das Land Brandenburg möge in den Standards der Raumprogrammempfehlungen für Schulbauten  
90 neben den für Teilungsunterricht geeigneten Klassenräumen den flexibel nutzbaren Anteil für  
91 Arbeits-, Ruhe-, Bewegungs- und Besprechungsräume erhöhen.
- 92 • Das Konzept der Einzelfallhilfe bzw. Schulbegleitung muss überarbeitet werden. Lernbegleiter\*innen  
93 müssen an den Schulen direkt angebunden sein, dort ins Team eingebunden werden und fachlich  
94 entsprechend der Aufgabe spezifisch fortgebildet werden.
- 95 • Lehrkräfte sollen in ihrem Stundendeputat ausgewiesene Zeiten für individuelle Gespräche und  
96 Förderung erhalten. Die Zahl der Schulpsycholog\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen wird deutlich  
97 ausgeweitet.
- 98 • Es müssen genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dass alle genehmigten  
99 Fördermaßnahmen im vollem Umfang stattfinden können.

#### 100 **Noten ade - Neue Prüfungskultur**

101 Das Lernen an den Schulen muss sich grundlegend wandeln, um diese zu inklusiven Lebens- und Lernorten  
102 werden zu lassen. Unsere „Kultur“ der Benotung zwingt die Lehrkräfte, auf Defizite zu schauen und setzt  
103 Schüler\*innen unter Druck, Stress und Angst. Das widerspricht einer inklusiven pädagogischen Haltung. Der  
104 Rahmenlehrplan des Landes bietet mit seiner Kompetenzorientierung und seiner Ausweisung von  
105 Niveaustufen bereits einen guten Orientierungsrahmen für die Betrachtung von Lernerfolgen in einem  
106 binnendifferenzierten, individualisierten Lernsetting. Darauf aufbauend machen wir uns stark für eine  
107 neue, andere Prüfungskultur, weg von Beurteilungen durch Noten und hin zu einer Einschätzung zur  
108 Lernentwicklung.

- 109 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Umsetzung des im Schulgesetz verankerten  
110 Orientierungsrahmens für die Betrachtung von Lernerfolgen in ein binnendifferenziertes,  
111 individualisiertes Lernsetting zu integrieren.
- 112 • Die wissenschaftliche Erforschung anderer Prüfungsformate und einer neuen, konstruktiven Form der  
113 Lernbegleitung muss gefördert werden. Dabei sollten Erfahrungen alternativer Schulmodelle in  
114 Brandenburg einbezogen werden.
- 115 • Das Land Brandenburg möge bei der Ausgestaltung der Abiturvereinbarungen Prüfungsformate mit  
116 Blick auf Zukunftskompetenzen zulassen.

#### 117 **Inklusiver Ganztag**

118 Ganze Tage an den Schulen sollen mehr bieten als Betreuung. Inklusiv kann der Ganztag nur werden, wenn  
119 auf Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Schüler\*innen brauchen - im Einzelfall - auch über das 6.  
120 Schuljahr hinaus eine an die Schule angebundene, ganztägige Betreuung. Die Standards für die  
121 Ganztagschule wollen wir hoch ansetzen: Kinder und Jugendliche, die ganze Tage an den Schulen  
122 verbringen, brauchen Platz, Ruhe, Bildung, Abenteuer, Sport, Spiel, musische Angebote, Rückzug und  
123 Ansprechpartner\*innen. Wer hier spart, beschneidet junge Menschen in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit.  
124 Der Blick auf das Lernen muss erweitert werden: formelles und informelles Lernen müssen den gleichen  
125 Stellenwert in der Betrachtung des Ganztages erhalten. Lebenspraktisches, soziales und theoretisches  
126 Lernen müssen durch ein gemeinsames Curriculum verzahnt werden. Hier bieten sich große Chancen für

127 eine inklusive Organisation der Schule mit starken Beteiligungsmöglichkeiten für alle  
128 Schüler:innen.

- 129 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine inklusionspädagogische Fortschreibung der  
130 Qualitätsmerkmale aus dem Projekt „Qualität an Schulen mit Ganztagsangeboten“.
- 131 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Festlegung eines für Brandenburg geltenden „Qualitätsrahmen  
132 Ganztag“, der an den bundesweit formulierten Standards ansetzt. Dieser muss für alle Schulformen  
133 gelten.
- 134 • Das Land unterstützt die Kommunen und Schulträger bei der inklusionsoptimierten Einbindung der  
135 Ganztagschulen in den Sozialraum bzw. als Teil einer kommunalen Bildungslandschaft.
- 136 • Die Betreuung von Schüler\*innen, auch mit Förderbedarf muss durch ganztägige Förderung auch in  
137 den Ferien gewährleistet sein. Die Zuständigkeiten der Finanzierung von Hort- und Ferienbetreuung  
138 müssen klar definiert und festgeschrieben werden.
- 139 • Der Wechsel zwischen Unterrichtszeit und der Betreuung im Ganztag darf keinen Einfluss auf das  
140 Erfordernis von Einzelfallhelfer\*innen haben. Dazu müssen die Zuständigkeiten neu geklärt werden.

#### 141 **Inklusionspädagogik statt Sonderpädagogik**

142 Die Lehrer\*innenbildung darf nicht hinter den Entwicklungen der Lernkultur hinterherhinken.  
143 Inklusionspädagogik sollte selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung und Weiterbildung sein – für  
144 jede Lehrkraft an der Schule. Doch damit nicht genug: Auch die Mitarbeitenden von Schulaufsicht,  
145 Schulämtern etc. sollten inklusionspädagogisch fortgebildet sein.

- 146 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, sich bei der Verwirklichung der im  
147 Koalitionsvertrag angekündigten Koordinierungsstelle Lehrer\*innenbildung für  
148 inklusionspädagogische Ansätze einzusetzen.
- 149 • Das Land setzt die bereitstehenden Mittel ein, um das Fortbildungscurriculum „Gemeinsames Lernen  
150 in der Schule“ flächendeckend für alle Lehrer\*innen regelmäßig anzubieten. Die Formate der  
151 Fortbildungen müssen als Veranstaltungen in den Schulen entwickelt und entsprechende Ressourcen  
152 für Lehrer\*innen (Unterrichtszeiten) und Schüler\*innen (Selbstlernkonzepte) bereitgestellt werden.
- 153 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich an die Hochschulen mit der Forderung,  
154 inklusionspädagogische Anteile in allen Lehramtsstudien und Lehrfächern aufzunehmen.

#### 155 **Lernen - voneinander und miteinander**

156 Die Vermittlung von Verständnis und Wertschätzung zu Diversität, insbesondere gegenüber Menschen mit  
157 einer Behinderung, unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identität, unterschiedlichen Glaubens  
158 oder Herkunft sowie die Aufklärung über deren jeweiliger Belange sollte selbstverständlich ein Bestandteil  
159 des Unterrichts, des Schullebens und der pädagogischen Grundhaltung einer jeden Lehrkraft sein.

- 160 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Schulbücher und -materialien in jeder Hinsicht  
161 (haptisch, optisch und inhaltlich) barrierearm zu gestalten. Dies muss auch für digitale Angebote wie  
162 beispielsweise die Schulcloud gelten. In Abbildungen und Texten sollten Personen aller  
163 Bevölkerungsschichten, unabhängig ihrer Hautfarbe, ihrer Behinderung, des Aussehens oder sexueller  
164 und geschlechtlicher Identität abgebildet werden.
- 165 • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern mehr Diversität in den Lehrmedien und ihren Formaten, z.B. durch  
166 Übersetzung in verschiedene Sprachen (inkl. Braille-Schrift, Gebärdensprache, einfacher und leichter  
167 Sprache).

168 **Inklusion als gesamtgesellschaftlicher Prozess**

169 Inklusion ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Hierbei spielen Kitas und Schulen eine Schlüsselrolle.  
170 Frühkindliche Bildung, Jugendhilfe, berufliche Bildung usw. – Inklusion ist in jedem gesellschaftlichen  
171 Bereich ein Menschenrecht. Deshalb sind die hier geforderten Maßnahmen nur kleine Schritte auf einem  
172 langen Weg. Inklusion ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft..  
173 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- 174 • Die Landesregierung muss sicherstellen, dass die Belange von Menschen mit Behinderungen in allen  
175 politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Dabei sind die Menschen mit  
176 Behinderungen zu jeder Zeit einzubeziehen.
- 177 • Die Landesregierung möge die Ergebnisse der Evaluierung des "Behindertenpolitischen  
178 Maßnahmenpakets 2.0" nutzen. Sie soll sich bei der geplanten Fortschreibung für die Jahre 2023-2027  
179 dafür einzusetzen, mehr Maßnahmen zu Inklusion und Barrierefreiheit zu finanzieren. .
- 180 • Das Land möge Kommunen unterstützen in der Entwicklung inklusiver kommunaler  
181 Bildungslandschaften, in denen Schule, Kita, Schulträger, Schulaufsicht, freie Bildungsträger  
182 miteinander verzahnt agieren. Einbezogen werden sollen dabei auch die Beratungsstrukturen des  
183 Landes und der Kommunen – zur Einschulung, Erziehung, Förderung.

# Beschluss

Stärkung der Mobilitätswende durch Beschleunigung von Bahnreaktivierungen

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.03.2022  
Tagesordnungspunkt: 10. Fortsetzung Anträge Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz bittet die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sich massiv für  
2 eine Beschleunigung von Bahnreaktivierungen im Land Brandenburg über i2030 hinaus einzusetzen,  
3 indem sie die Landesregierung auffordert,
- 4 1. insgesamt die Reaktivierungsanstrengungen vom zu erwartenden Gesamtnutzen für die jeweilige  
5 Region und das Streckennetz insgesamt abhängig zu machen,
  - 6 2. entsprechend die Liste der zeitnah zu untersuchenden Strecken und Haltepunkte über die  
7 ursprünglich benannten acht Strecken und 4 Halte zu erweitern (Durchführung von  
8 Machbarkeitsstudien), vor allem nach Rück- und in Absprache mit den betroffenen  
9 Gebietskörperschaften,
  - 10 3. entsprechend den Ergebnissen der Machbarkeitsstudien und den Erwartungen der betroffenen  
11 Gebietskörperschaften umgehend nach der Novellierung der Standardisierten Bewertung  
12 Maßnahmen zur Reaktivierung der Strecken zu ergreifen und Bundesfördermittel für  
13 Bahnreaktivierungen zu beantragen,
  - 14 4. einen konkreten und verbindlichen Zeitplan für geplante Bahnreaktivierungen aufzustellen und dem  
15 Infrastrukturministerium die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

## Begründung

Seit der Wiedervereinigung wurden in Brandenburg viele Schienenstrecken stillgelegt, entwidmet und abgebaut, sowie das Verkehrsangebot reduziert. Seit unserer Regierungsbeteiligung arbeiten wir daran, diese Entwicklung umzukehren und Schienenstrecken zu reaktivieren. Die RB35 wurde nach Süden bis Bad Saarow-Pieskow verlängert und Beelitz Stadt wird wieder direkt an Potsdam angebunden. Darüber hinaus verkehrt die RB63 weiterhin im Probetrieb zwischen Joachimsthal und Templin. Zum Fahrplanwechsel Ende 2022 steigt das Angebot im Regionalverkehr um 15%. Im Rahmen von i2030 werden zudem zahlreiche Reaktivierungen und Ausbauten realisiert.

Wir müssen jedoch jetzt die Weichen weit über i2030 hinausstellen. Im Fokus stehen dabei nicht nur die ökologischen Aspekte der Mobilitätswende, sondern auch die Entwicklungschancen von momentan abgehängten Regionen durch eine bessere Vernetzung im Öffentlichen Personennahverkehr.

Im Rahmen der Vorbereitung des Nahverkehrsplans 2023 hat das Infrastrukturministerium zunächst 32 von insgesamt 46 weiteren vorgeschlagenen stillgelegten und zum Teil entwidmeten Bahnstrecken sowie 35 Haltepunkte von der Firma PTV Transport Consult GmbH aus Karlsruhe auf ihre Reaktivierungspotentiale hin überprüfen lassen.

Insgesamt wurden davon zunächst lediglich 4 Strecken in Kategorie A („Vertiefte Untersuchung aufgrund des erwartbaren Potenzials empfohlen“) und 4 Strecken in Kategorie B (Potenzial für eine Bestellung im



Taktverkehr nicht eindeutig erkennbar) für eine nähere Untersuchung ausgewählt, für die in zwei Paketen zu je vier Strecken Machbarkeitsstudien erstellt werden sollen. Zudem sollen im gesamten Land Brandenburg nur vier Haltepunkte näher auf ihre Reaktivierungswürdigkeit hin untersucht werden.

Bereits eine erste Überprüfung der ausgewählten Strecken und Haltepunkte verwundert. Zum einen sollen auch Strecken untersucht werden, deren Reaktivierung selbst von den betroffenen Gebietskörperschaften gar nicht angestrebt werden (Müncheberger Stadtbahn, Hoppegarten-Altlandsberg). Zum anderen führten Proteste aus nicht berücksichtigten Landkreisen dazu, dass das Infrastrukturministerium Berechnungsfehler einräumte und nach Neuberechnung zwei weitere Strecken in die Pakete mit aufnahm, so dass nun 10 Strecken untersucht werden sollen. Beide Punkte lassen vermuten, dass weitere grobe Fehler in der Potentialanalyse versteckt sind.

Insgesamt erscheinen alle vom Infrastrukturministerium bisher unternommenen Schritte nicht ausreichend, eine Mobilitätswende im Land Brandenburg zügig herbeizuführen. Die im Rahmen des Nahverkehrsplans 2023 abzusehenden Maßnahmen erscheinen uns halbherzig. Wir möchten deshalb mit diesem Antrag unserer Landtagsfraktion deutlich den Rücken stärken, um sich innerhalb unserer Regierungsbeteiligung stärker auf das Thema Bahnreaktivierung fokussieren zu können.